Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTION IM RAT DER STADT MEERBUSCH

Bündnis 90 / **Die Grünen - Meerbusch**

An die
Bürgermeisterin Frau Mielke-Westerlage
Stadt Meerbusch
40667 Meerbusch-Büderich

Meerbusch, 6.7.2018

Antrag zur Sitzung des HFWA am 20.9.2018

- **Änderung der Niederschrift vom 21.6.2018**

Sehr geehrte Frau Mielke-Westerlage,

eigentlich hatte ich meine Schreiben vom 3.7. zur Niederschrift des HFWA vom 21.6.2018 mit dem Betreff

Sitzung des HFWA vom 21.6.2018
Niederschrift

- **Änderungsanträge zum Protokoll**

wie einen **Änderungsantrag zum Protokoll** verstanden. Ich ergänze aber wie gewünscht der Form halber wie folgt:

Der HFWA beschließt folgende Änderungen der Niederschrift vom 21.6.2018:

Zu Top 5 – Konzeption Halle 9

A) Aus der Niederschrift:

Im Anschluss entspinnt sich eine lebhafte Diskussion, in der von Ratsherrn Rettig bezweifelt wird, dass der Betrieb der Halle 9 im Rahmen der Jugendarbeit aber auch als Räumlichkeit mit entsprechender Größe zur Versorgung von Institutionen und Vereinen erforderlich sei. Vor diesem Hintergrund sei der Betrieb der Halle zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen. Für private Nutzer schlägt er die Einrichtung einer APP vor, aus der die Verfügbarkeit von öffentlichen und privaten Räumlichkeiten ersichtlich sein soll und die Möglichkeiten bietet, die zahlreichen im Stadtgebiet vorhanden Räume für Feiern oder ähnliche Veranstaltungen zu buchen.

Ratsfrau Henning schließt sich hinsichtlich der Schließung der Halle dieser Auffassung an, da der Betrieb für die Jugendarbeit aus Sicht ihrer Fraktion nicht erforderlich sei.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes sowie die Ratsherren Damblon und Peters weisen die Sichtweise zurück, eine Räumlichkeit in der Größe der Halle 9 sei im Rahmen der Jugendarbeit nicht erforderlich, da sehr wohl Bedarf bestehe. Um dies letztlich beurteilen zu können sei die Erarbeitung eines geänderten Konzeptes sinnvoll.

Änderung:

Diese Aussage der Niederschrift ist unzutreffend.

Es wird folgende Änderung beantragt - Rot:

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes sowie die Ratsherren Damblon und Peters sehen, dass eine Räumlichkeit in der Größe der Halle 9 im Rahmen der Jugendarbeit nicht erforderlich sei, aber es bestehe sehr wohl Bedarf für eine Einrichtung bezogen auf kulturelle, gemeinnützige oder anteilig gewerbliche Zwecke.

Gründe:
Herr Rettig hat mit seiner Auffassung, dass eine Räumlichkeit in der Größe der Halle 9 im Rahmen der Jugendarbeit nicht erforderlich sei, recht gehabt. Niemand im Ausschuss, auch nicht die Verwaltung, hatte weiteren Bedarf für eine Jugendeinrichtung in dieser Größe formuliert. Sehr wohl wurden aber Bedarfe für andere Zielgruppen gesehen.

Aus dem Text der Niederschrift ergäbe sich, dass Frau Niederdellmann-Siemes, Herr Damblon und der Unterzeichner weiteren Bedarf für die Halle 9 als Jugendeinrichtung sehen. Das wäre unzutreffend.

B) Aus der Niederschrift

Ratsherr Peters fordert ein offenes Konzept, in das neue Ideen einfließen sollten, da Jugendarbeit aufgrund der veränderten Bedürfnisse der heutigen Jugendlichen mit den traditionellen Werkzeugen nicht mehr funktioniere. Bei der Konzepterarbeitung sollten die in einer Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses formulierten Eckpunkte einfließen. Zudem sei sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel zur Unterstützung der Jugendarbeit nicht verringert werden, auch wenn festgestellt werde, dass der Betrieb der Halle 9 für diesen Zweck nicht mehr erforderlich sei.

Änderung:

Diese Aussage der Niederschrift ist unzutreffend.

Es wird folgende Änderung beantragt - Rot:

Ratsherr Peters fordert für die Halle 9 ein offenes Konzept, in das neue Ideen einfließen sollten. Frau Niederdellmann-Siemes regt an, dass bei der Konzepterarbeitung die in einer Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses formulierten Eckpunkte einfließen sollten. Herr Peters geht davon aus, dass alle eingegangenen Ideen und Konzepte, also auch die Vorschläge verschiedener Initiativen, sowie das Positionspapier

der Grünen einbezogen werden. Die Bürgermeisterin teilt diese Auffassung und bestätigt eine offene Konzeptentwicklung ohne Vorfestlegungen.

Es wird weiter folgende Änderung beantragt - Rot:

Zudem sei nach Herrn Peters sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel zur Unterstützung der Jugendarbeit nicht verringert werden und neue Ansätze für die Jugendarbeit zu berücksichtigen sind, da aufgrund der veränderten Bedürfnisse der heutigen Jugendlichen Jugendarbeit mit den traditionellen Werkzeugen nicht mehr funktioniere.

Gründe:
Hier wurden die Aussagen von Frau Niederdellmann-Siemes und des Unterzeichners gemischt, unzureichend wiedergegeben und die von der Bürgermeisterin zugesicherte offene Konzeptentwicklung leider nicht erwähnt.

Es ging zudem um zwei Themenbereiche,
a) die Zukunft der Halle 9
b) neue Ansätze in der Jugendarbeit, jenseits der Halle 9
Dies wird in der Niederschrift nicht deutlich.

Bei der von Frau Niederdellmann-Siemes angesprochenen Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses sollte, entsprechend der Anmerkung von Herrn Eimer, korrigiert werden, dass es sich nicht um eine Arbeitsgruppe des JHA handelte.

Zu Top 11.1

Aus der Niederschrift

Ratsherr Becker bittet um Erläuterungen zur derzeitigen hohen Personalfluktuation der Verwaltung, von der auch die Stelle der Datenschutzbeauftragten betroffen sei.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, das Land NRW habe ca. 500 neue Stellen in den Ministerien eingerichtet, die nunmehr besetzt werden. Hierdurch sei ein hoher Fluktuationsdruck auf die umliegenden Städte freigesetzt worden. Die freiwerdende Stelle der Datenschutzbeauftragten werde nahtlos zum 1. Juli 2018 nachbesetzt. Am 6. Juli 2018 finde eine Sonderbürgermeisterkonferenz statt, um Lösungsmöglichkeiten der Personalbindung für die Städte und Gemeinden zu erörtern.

Ratsherr Peters führt an, dass es nach seiner Kenntnis auch interne Gründe für das Ausscheiden von Mitarbeitern/-innen gebe. Sofern es erforderlich sei, müsse auch über eine verbesserte Bezahlung der städtischen Mitarbeiter/-innen nachgedacht werden.

Änderung:

Diese Aussage der Niederschrift ist missverständlich.

Es wird folgende Änderung beantragt - Rot:

Herr Peters bestätigt die Auffassung der BM'in, verweist aber auch auf andere interne Gründe, die in der öffentlichen Sitzung nicht thematisiert werden können. Zusätzlich müsse, sofern es erforderlich sei, auch über eine verbesserte Bezahlung der städtischen Mitarbeiter/-innen nachgedacht werden.

Gründe:

Es entsteht der Eindruck, dass sich diese Anmerkung (Peters) auf monetäre Aspekte bezieht. Dem möchten wir widersprechen, vorrangig ging es um verwaltungsinterne Gründe.

Sehr geehrte Frau Mielke-Westerlage,

uns geht es mit diesen Änderungswünschen nicht darum, im Nachgang noch Wortbeiträge im Protokoll unterzubringen, sondern einige in der Niederschrift unzutreffende Formulierungen und Aussagen zu korrigieren. Auch ist es ein Unterschied, ob sich aus der Niederschrift die Konzeptentwicklung für die Halle 9 auf einen informellen Arbeitskreis (eben nicht des JHA) beschränkt, wie es sich aus der Niederschrift ergäbe, oder ohne Vorfestlegung (Ihre Worte) die unterschiedlichen Anregungen und Konzepte geprüft werden. Insofern sind einige Aussagen aus der Niederschrift nicht zutreffend und bedürfen einer Richtigstellung.

VG
Dr. Karen Schomberg / Jürgen Peters